

Warum die Grünen trotz des großen Erfolges des Ausbaus der Erneuerbaren Energien so stark die Gunst der WählerInnen verloren haben.

Auf den folgenden Seiten analysiere ich den Wahlausgang unter dem Blickwinkel der Erneuerbaren Energien. Eingeflossen sind meine Erfahrungen und langjährigen Beobachtungen als Autor des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG), dem von vielen attestierten größten politischen Erfolges der grünen Regierungsbeteiligung 1998 bis 2005. Aufgrund des schlechten grünen Wahlergebnisses und meines schlechten Listenplatzes habe ich mein Bundestagsmandat verloren.

93% der BundesbürgerInnen wollen und unterstützen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, so eine Umfrage vom 18. September 2013. Dennoch erhielten Bündnis 90/Die Grünen am 22. September 2013 bei der Bundestagswahl nur 8,4% der abgegebenen Stimmen. In Hamburg gewinnen gleichzeitig mit der Wahl die für die Energiewende kämpfenden Bürgerinnen und Bürger einen Volksentscheid zum Aufkauf der Hamburger Netze. Die inzwischen über 700 Energiegenossenschaften, mit hundertausenden von investitionsbereiten BürgerInnen sind ein weiteres deutliches Zeichen für die hohe Durchdringung der Gesellschaft mit im Kern grün agierenden Menschen. Die gesellschaftliche Unterstützung für die Energiewende ist höher denn je und die Wahlergebnisse für die Grünen schrumpfen drastisch. Einer grünen Wahlkampfstrategie kann man kaum ein schlechteres Zeugnis ausstellen.

Es ist schon verrückt. Da ist endlich in fast allen Teilen der Gesellschaft angekommen, dass die Umstellung auf Erneuerbare Energien fundamental für den Fortbestand der Gesellschaft und ihren Wohlstand ist. Genau diese Erkenntnis war ja schon in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts die entscheidende Triebfeder für die Gründung der Partei Die Grünen. Und nun, wo diese Erkenntnis nicht nur bei den ÖkologInnen der ersten Stunde angekommen ist, sondern beim Großteil der bundesdeutschen Gesellschaft, da straft genau diese Gesellschaft die Grünen mit einer verheerenden Wahlniederlage ab. Nun gut, sie ist nicht so schlimm wie die der FDP, die unter anderem auch deswegen aus dem Bundestag flog, weil sie am vehementesten den Stopp des Ausbaus der Erneuerbaren Energien forderte. Dennoch bedarf es einer tiefgründigen Analyse, warum ausgerechnet die Grünen, die ja den Erfolg der Erneuerbaren Energien organisierten, jetzt politisch praktisch nicht davon profitieren konnten.

These 1: Die Lösungsansätze, für die Probleme, die zur Gründung der Grünen führten, sind heute in der Gesellschaft weit verbreitet, doch Bündnis 90/Die Grünen haben es nicht geschafft, dies genügend mit der eigenen Parteitagenda zu verbinden.

In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es heftige Proteste gegen die herrschende Politik von CDU/CSU, SPD und FDP, die a) die Atomkraftgefahren ignorierte und unbeirrt Atomkraft ausbaute, die b) die dramatischen Erlebnisse der ersten Erdölkrise von 1972 ignorierte und weiter auf die fossile Energiewirtschaft (Erdöl, Erdgas, Kohle) mit ihrer politisch sehr fragwürdigen Abhängigkeit Europas von Rohstoffimporten setzte, die c) die Entwicklungen in den Rohstoffländern ignorierte, die zu immer mehr Ressourcenkriegen führte und die Armut- und Reichtumsschere von Nord- Süd weiter öffnete, die d) die ersten Erkenntnisse zur beginnenden Erderwärmung ignorierte und e) die lokalen Umweltbelastungen für Flüsse und Atemluft, verursacht durch Emissionen aus fossilen Kraftwerken, fossiler Chemie und fossil angetriebenen Verkehrsträgern weitgehend akzeptierte - sei dies ja angeblich unverzichtbar für eine florierende Wirtschaft. Damals schon gab es die Erkenntnis, dass eine Energiewirtschaft vollständig auf der Basis der Erneuerbaren Energien genau diese Grundprobleme der Menschheit lösen würde.

Das war die Geburtsstunde der politischen Partei Die Grünen. Die Grünen sind seit der Gründung und im Kern eine ökologische Partei und genau daraus haben sie die großen Erfolge der Anfangsjahre und auch der späteren grünen Regierungsbeteiligungen in Bund und Ländern geschöpft. Ja, es war und ist gut, wichtig und richtig, dass auch andere Bewegungen, von der Frauenbewegung, den sozialen Bewegungen, der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung bis zur Friedensbewegung die Grünen bis heute mit prägen. Gerade die Friedensbewegung gehörte auch dazu, weil ja eine der wichtigsten Kriegsursachen der Kampf um fossile Rohstoffe ist - übrigens bis heute massiv eskalierend. Die Integration dieser Politikfelder hat aber dazu geführt, dass im Laufe der letzten Jahrzehnte die klaren und kompromisslosen Politikansätze für die ökologische Wende zunehmend von anderen Themen zurückgedrängt wurden. Statt sie unter der Überschrift Ökologie mit zu bearbeiten, wurden sie häufig in den Vordergrund gerückt, womit die öffentliche Wahrnehmung der Grünen als ökologische Partei zunehmend zu schwinden begann.

Nun, Jahrzehnte nach der Gründung der Grünen, ist Deutschland als Land, welches ehemals als größtes Exportland genau die Schmutztechnologien von Atomkraft, Kohlekraft, Erdölchemie, Pestizidlandwirtschaft und Erdölautos über die Welt verbreitet hat, zum Vorreiter für eine grüne Ökonomie geworden. Windräder, Solartechnik, Biogas und Wasserkraftanlagen „Made in Germany“ haben genauso wie das EEG ihren Siegeszug in der Welt begonnen. Die biologische Landwirtschaft beginnt Fuß zu fassen, zumindest bei den VerbraucherInnen, und selbst die Erdölchemie ist schon zu über zehn Prozent eine Chemie auf der Basis nachwachsender Rohstoffe geworden. Nur die Automobilwirtschaft hat in Deutschland eine erfolgreiche Entwicklung auf der Basis nachhaltiger Biokraftstoffe, solarer Elektromobilität oder solarem Wasserstoff bislang erfolgreich abwehren können. Doch die Erfolge in den anderen solaren Wirtschaftssektoren sind groß und vor allem erst in den

letzten 15 Jahren richtig gewachsen - also vor allem auf Grund der grünen Regierungsbeteiligung von 1998 bis 2005. Nur die Grünen, die das im Wesentlichen organisiert haben - und im Zentrum des Erfolges liegt das EEG - liegen dennoch aktuell bei 8,4 % der Stimmen bei der Bundestagswahl.

Wie kann das sein?

Offensichtlich haben es die Grünen nicht geschafft, sich an die Spitze der solar-ökonomischen Bewegung zu stellen, obwohl es sehr viele AkteurInnen in der Gesellschaft gibt, die exakt an der Ablösung der fossilen Wirtschaft arbeiten. Zu lange wurden Klimaschutz und Atomausstieg nicht zwingend mit der Notwendigkeit eines schnellen Wachstums der Erneuerbaren Energien verbunden. Eine umfassende Agenda für eine solare Wirtschaft wurde nicht erarbeitet. Noch immer finden sich in vielen grünen Papieren Akzeptanzen der fossilen Wirtschaft, wie das Dreiliterauto, Gaskraftwerke, fossile KWK, Erdgasheizungen, Erdölchemie. Selbst beim Versuch, in den letzten Jahren eine grüne Wirtschaftagenda aufzustellen, dem Green New Deal, steht nicht die vollständige Ablösung der fossilen Wirtschaft im Zentrum, so wie sie von Hermann Scheer oder von mir seit Jahren umfangreich gefordert und beschrieben wurde.

Spätestens nach dem politisch erfolgreich durchgesetzten Projekt des Atomausstiegs hätte das konsequente Ziel einer solaren Weltwirtschaft formuliert werden müssen, was gleichbedeutend ist, mit dem Ausstieg aus der fossilen Weltwirtschaft (Erdöl, Erdgas, Kohle).

Eine solche politische Agenda, ein Weg hin zu einer solaren Weltwirtschaft, hätte in ihren vielen Facetten durchdekliniert werden müssen, als umfangreiches grünes Programm mit hunderten alle in eine Richtung gehenden politischen Einzelmaßnahmen. Viele Ansätze in dieser Richtung wurden und werden gefordert, z.B. vom WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) der Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Leider ist die grüne Partei, mit ihrem Green New Deal in dieser Richtung rudimentär geblieben. Das große Ziel einer vollständigen Ablösung der Erdölwirtschaft steht leider nicht im Focus der Agenda der Führungsgremien bei Bündnis 90/Die Grünen, obwohl dies die grüne Basis sehr wohl im Blick hat. So ist als das Schlüsselprojekt im Wahlprogramm das Projekt mit 100% Erneuerbaren Energien zwar mit großer Mehrheit gewählt worden, im Wahlkampf selbst wurde es vom Spitzenpersonal aber nicht in den Mittelpunkt gerückt.

So ist es kein Wunder, wenn weite Teile der Gesellschaft zwar am Projekt 100% Erneuerbare Energien arbeiten, aber die Grünen eben doch nicht genügend damit identifiziert werden.

These 2: Seit den 90er Jahren sind in den Führungsgremien der Partei Bündnis 90/Die Grünen ausgewiesene ÖkologInnen eher selten vertreten.

Große Teile des grünen Führungspersonals sind seit dem Tod von Petra Kelly keine ausgewiesenen ÖkologInnen mehr. Sie kommen vielmehr aus den Sozialen Bewegungen,

sind oft noch von den sozialistischen Debatten der 70er und 80er Jahre geprägt. Natürlich ist die soziale Gerechtigkeitsfrage existenziell für den Zusammenhalt der Gesellschaft, aber sie ist eben nicht fundamental für den Erfolg einer ökologischen Partei. Dabei sehe ich sogar eine Umkehrung der Prämissen: Da die Missachtung der ökologischen Grundfragen auch in höchstem Maße Armut erzeugend ist, wirkt die konsequente Verfolgung ökologischer Grundsätze eben auch Armut reduzierend und nicht in erster Linie die Verfolgung primär auf Umverteilung setzender Politikgrundsätze. Diese Sichtweise ist auch in großen Teilen der grünen Partei nicht mehr präsent.

So kommt es eben, dass die Grünen von einem jahrelangen Richtungsstreit um die soziale Frage zwischen Realos und Linken gelähmt werden, statt sie in der alles entscheidenden Grundfrage der ökologischen Sicherung des Überlebens der Menschheit auf diesem Planeten zu einigen.

Genau darin liegt aus meiner Sicht auch eine der tiefer liegenden Ursachen für das jüngste Wahldebakel von Bündnis 90/Die Grünen: Nicht mehr die von der Wählerschaft als Grundkompetenz für die grüne Partei anerkannte ökologische Kompetenz steht im Mittelpunkt, sondern ein diffuses Bild aus Finanz-, Wirtschafts-, Sozialkompetenz, wobei in diesen Sektoren die von den Grünen sich selbst zugeschriebene Kompetenz sich nicht mit der Zuschreibung durch die Gesellschaft deckt. Ohne Zweifel sind - auch aus meiner Sicht - die Antworten der Grünen in diesen Fragen wesentlich zielführender als die Konzepte von Union, SPD oder gar der Linken. Doch dies hilft nichts für Wahlergebnisse, wenn viele potentielle WählerInnen sich von den Grünen abwenden, weil sie nicht mehr erkennen, dass die Grünen die ökologischen Fragen ins Zentrum rücken.

Grün wird gewählt, weil die Sorge um den Planeten auch die Sorge vieler Menschen ist und da traute man den Grünen am meisten zu. Grün wird nicht gewählt wegen Steuer-, Finanz-, Sozialpolitik, da wird den Grünen in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich weniger Kompetenz zugetraut. Und da braucht es eben auch führende Persönlichkeiten an der Spitze der Parteigremien, die ausgewiesene ÖkologInnen sind und sich mit Herzblut um die ökologischen Fragen kümmern. Genau an diesen fehlte es aber.

These 3: Das Wahldebakel ist Ergebnis eines längeren Prozesses, in welchem auch inhaltlich das Thema Ökologie zu wenig an neue Anforderungen und Möglichkeiten angepasst wurde, sowie alte überkommene Politikzöpfe nicht abgeschnitten wurden. Statt immer wieder auch Grundsatzdebatten zu führen, ob denn die von Grünen vorgeschlagen ökologischen Konzepte noch die richtigen sind, gab es zu stark ein Festhalten an bestehenden politischen Maßnahmen und Zielen.

Die Abwendung von vielen ökologisch denkenden und handelnden Teilen der Bevölkerung von den Grünen hat eine längere Geschichte. Diese ist nicht erst Ergebnis einer verfehlten Wahlkampfstrategie der Parteiführung in diesem Wahlkampf. Sondern sie ist Ergebnis von

vielen Versäumnissen und falschen Handlungen, die sich in vielen Einzelpunkten manifestierte. Einzelpunkte, die offenbar nur wenige in der grünen Partei verstanden haben, die aber Menschen den Grünen entfremdete, die gerade die AkteurInnen und GestalterInnen der Energiewende sind. Ein Beispiel dafür ist der selbst von grünen LandesministerInnen und dem Fraktionsvorsitzenden im Bundestag gemachte Vorschlag, die Ökostromeigenerzeugung mit der EEG-Umlage zu beaufschlagen. Ich habe in zig Veranstaltungen genau diese Frage gestellt bekommen und hatte einen schweren Stand dies zu korrigieren. Ich spürte aber schon, wie viele mir zwar glaubten, dass ich das nicht unterstütze, aber den Grünen in Gänze eine solche politische Gesetzeshandlung zutrauen würden.

Diskussionen, Neuaufstellungen oder gar ein über Bord werfen von einmal von Grünen vorgeschlagenen Programmatiken gibt es im ökologischen Bereich kaum. Grundsatzdiskussionen darüber, ob es denn neue Strategien auf neue Herausforderungen und Entwicklungen bedarf, gibt es nur vereinzelt und wurden von der Führungsmannschaft immer wieder zurück gedrängt.

Beispiel Klimaschutz, dem wichtigsten ökologischen Politikfeld der Grünen:

Die Emissionen in der Welt sind auf Rekordniveau. Die Programmatik der Grünen Partei aber hat sich seit etwa 20 Jahren kaum mehr geändert. Gefeilscht wird mit anderen Parteien um ein paar Prozente mehr Emissionsminderung, ob 20, 30 oder 40 Prozent. Schon hier sehen die WählerInnen kaum mehr einen Unterschied zu den anderen Parteien. Es bleibt hängen: Nun, die Grünen wollen eben ein bisschen mehr Klimaschutz als die anderen, aber wirklich Neues, als Antwort auf das große Versagen der Weltgemeinschaft haben sie auch nicht anzubieten. Dabei gäbe es genug neue Politikansätze: Das Aufgreifen der weltweiten Bewegung um 330 ppm oder das Ziel einer globalen Abkühlung. Obwohl ich das in Buchform sogar veröffentlichte und dazu viel Unterstützung auch in Teilen der Parteibasis bekam, wird eine ernsthafte Diskussion über eine neue Klimaschutzpolitik in den Führungsgremien von Partei und Fraktion regelrecht abgeblockt.

Auch das Festhalten am Emissionshandel gehört in die Kategorie verkrusteter ökologischer grüner Politikansätze. Schon bei der Einführung des Emissionshandels unter rot-grün, gab es Widerstände und Kritik daran: Der Emissionshandel würde kaum Emissionen reduzieren, sondern hohe Bürokratie und Kosten verursachen, sowie ins Zentrum einer weltweiten Politik gestellt, die wirksamen Klimaschutz gar nicht will, sondern sich „greenwashend“ perfekt dahinter verstecken kann. Genau das ist heute das Ergebnis von Emissionshandelssystemen, dort wo sie eingeführt wurden. Zum Klimaschutz hat der Emissionshandel nichts gebracht. Aber eine Grundsatzdebatte darüber, ob denn der Emissionshandel vielleicht sogar, anders als sein Ziel, mit ursächlich für die weitere Erderwärmung ist, wird weit und breit nicht geführt, jedenfalls nicht in der grünen Partei und übrigens auch nicht bei den deutschen Klimaschutz-NGOs.

Beispiel Peak Oil:

Die konsequenten Analysen über Peak Oil und damit die wirtschaftlichen Konsequenzen der Ressourcenlage der fossilen Rohstoffe, wie sie seit Jahren weltweit massiv von kritischen WissenschaftlerInnen vorangetrieben werden, sind in der grünen Partei und vor allem bei den grünen Führungsgremien nicht wirklich angekommen. Mit der Gründung der Energy Watch Group hatte ich eine weltweit sehr beachtete Wissenschaftlergruppe angeschoben. Doch deren Ergebnisse und Analysen interessierte zwar Viele an der Parteibasis, aber nicht die Partei- und Fraktionsführung. Die Fraktionsspitze hat 2009 sogar verhindert, dass ein viel beachtetes AutorInnenpapier aus der Fraktion ein Beschluss der Fraktion werden konnte. Auch hier hörte ich vielfach von außen, warum denn die Grünen Peak Oil nicht in den Mittelpunkt stellen.

Sogar als MdEP Sven Giegold mit einer hervorragenden Studie nachwies, dass die durch Peak Oil verursachten Rohstoffpreiserhöhungen eine tiefere Ursache hinter der Staatsverschuldung Europas ist, wurde dies weiter nicht in den Mittelpunkt der grünen Wahlkampfstrategie gestellt. Dabei sind wir heute genau in der vom Club of Rome in den 70er Jahren vorhergesagten Phase, wo die Missachtung der Probleme der Verknappung der Rohstoffe als Wirtschaftskrisen voll durchschlagen. Wie kann man als grüne Parteiführung nur so blind sein und die zur Gründung der grünen Partei führenden Kerngedanken der Ressourcenverknappung just in dem Moment, wo sie schlimme Wirtschaftskrisen erzeugen, nicht erkennen und thematisieren? Genau das wäre die entscheidende grüne Komponente in der Debatte um die EURO-Krise gewesen.

Beispiel Ressourcenabgabe:

Von MdB Silvia Kotting-Uhl wurde in der 16. Wahlperiode ein umfassendes Konzept für eine echte Kreislaufwirtschaft erarbeitet. Danach soll eine Ressourcenabgabe auf alle stofflichen Produkte am Anfang des Produktionsprozesses in Höhe der gesellschaftlichen im Lebenszyklus des Produktes anfallenden Kosten erhoben werden. Ein hervorragender Vorschlag endlich die jahrzehntelange Forderung nach Internalisierung externer Schadenskosten in der Stoffwirtschaft zu verwirklichen. Dieses Konzept ist seitdem in der grünen Partei nicht ernsthaft verfolgt oder gar weiter entwickelt worden. Andere umfassende Vorschläge für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft gab es aber auch nicht.

Es gäbe eine Reihe von weiteren Politikansätzen, beispielsweise gibt es erste Überlegungen das erfolgreiche EEG im Stromsektor auf den Markt der Biolebensmittel zu übertragen oder auf die Gaswirtschaft, wie auch in der Chemiewirtschaft. Notwendige politische Ansätze, wie neue Innovationen befördert werden könnten, so der Ersatz für Stahlbeton, was die Bauwirtschaft revolutionär ökologisieren kann, oder die Biokohle, die von der Landwirtschaft über die Chemiewirtschaft bis hin zur Energiewirtschaft revolutionäres erreichen kann, werden in

der politischen Führungsetage der grünen Partei kaum als wichtig wahrgenommen. Neuartige Politikansätze sind in der grünen ökologischen Politik eher Mangelware.

These 4: Sofern es neue und in der grünen Partei erfolgreiche Politikinnovationen im Bereich Erneuerbare Energien gab, so wurden sie nicht originär aus der Partei entwickelt. Ja, die grüne Partei- und Fraktionsführung war meist Bremser, statt Motor für einen schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien und für starke neue politische Maßnahmen für Erneuerbare Energien. Dass sie dennoch durchgesetzt wurden, lag an Einzelpersonen und der für Erneuerbare Energien stark engagierten Parteibasis. Dies ist der breiten Öffentlichkeit, die sich für Erneuerbare Energien engagiert nicht verborgen geblieben und hat ein wachsendes Misstrauen zur grünen Politik für Erneuerbare Energien hinterlassen, trotz meines in weiten Teilen der Gesellschaft anerkannten kompromisslosen Einsatzes für Erneuerbare Energien.

Wie schwer sich viele grüne Bundestagsabgeordnete, vor allem unter rot-grün, mit dem EEG und den Erneuerbaren Energien getan haben, habe ich noch gut in Erinnerung. Unentwegt wurde mir in der Bundestagsfraktion signalisiert, ich solle doch nicht schon wieder mit dem unwichtigen Zeug der Erneuerbaren Energien nerven. Eine aktive Unterstützung und vor allem ein inhaltliches Vorantreiben der Erneuerbare-Energien-Politik hat es damals - mit Ausnahme von Michael Hustedt - in der Fraktion nicht gegeben. Auch die Aktivitäten des SPD-MdB und Träger des alternativen Nobelpreises Hermann Scheer wurden intern eher kritisch betrachtet, als offensiv unterstützt. Bezeichnend war dafür, dass 1998 im grünen Wahlprogramm die kostendeckende Vergütung von Solarstrom nicht auftauchte, obwohl sie faktisch die Grundlage für das EEG bildete und sogar erfolgreich von vielen grünen KommunalpolitikerInnen vor Ort umgesetzt wurde. Auch in den Koalitionsverhandlungen 1998 spielte ein EEG keine Rolle und wurde trotz meines Drängens von grüner Seite nicht eingebracht. Natürlich und zum Glück unterstützten die grünen MinisterInnen im Bundeskabinett dann meinen in der Fraktion und im Bundestag vorgelegten Entwurf des EEG. Natürlich hat Jürgen Trittin als Umweltminister sehr viel für die Erneuerbaren Energien getan. Nur damals schon gab es bis zuletzt in diesem Wahlkampf immer viele Irritationen über seine Unterstützung von fossilen Energien, was ja Jürgen Trittin mit seinen Forderungen zu Erdgaskraftwerken auch noch in seinen letzten Wahlreden unterstrich.

Der Glaube an die Grünen, dass sie es mit Klimaschutz und einer 100% Erneuerbaren Energien Strategie wirklich ernst meinen, wurde über die Jahre hinweg immer wieder erschüttert. So mit dem Durchsetzen einer Steuerbefreiung für Erdgas in Autos sogar bis 2020 und der fast gleichzeitigen Verhinderung der Forderung Ökostrom von der Stromsteuer zu befreien. Es passt doch wirklich nicht in eine Klimaschutzpolitik, dass ein fossiler, CO₂ emittierender Energieträger über lange Jahre steuerbefreit wird, der CO₂-freie Ökostrom aber besteuert wird. Nicht nur darüber gab es Kopfschütteln, sondern auch wenn nach dem

Beenden seiner Ministerzeit Ex-Außenminister Joschka Fischer unternehmerisches Investment in Kohlekraftwerke im Kosovo und Erdgasgeschäfte mit Nabucco befördert. Auch wenn der grüne Oberbürgermeister Boris Palmer aus Tübingen ein großes Stadtwerke-Konsortium zu Investitionen in neue fossile Kohle- und Erdgaskraftwerke führte, dann wird schon gefragt, wie ernst es die Grünen denn wirklich mit dem Klimaschutz meinen.

Auf völliges Unverständnis ist bei den FreundInnen der Erneuerbaren Energien gestoßen, dass ich auf dem Bundesparteitag 2008 faktisch gegen die gesamte Führungsriege der Grünen aus Partei sowie Bundestags- und Europafraktion kämpfen musste, um meinen Antrag für das Ziel 100% Ökostrom bis 2030 durchzusetzen, was letztendlich nur mit sehr viel Druck von der Basis im Kern durchgesetzt wurde. Dies alles und vieles mehr hat schon dazu geführt, dass weite Teile der Bewegung für Erneuerbare Energien, von Unternehmen bis hin zu den NGOs die grüne Politik für Erneuerbare Energien immer argwöhnischer beäugten. Überhaupt zeichnete sich die grüne Politik für Erneuerbare Energien und erneuerbare Chemie aus der Führungsetage immer von großer Ängstlichkeit aus. Optimistische Wachstumsperspektiven der Erneuerbaren Energien wurden über Jahre von grünen Spitzengremien genauso wie von den Energiekonzernen als unrealistisch diffamiert, woraus natürlich dann oft eine Legitimation für die Unterstützung fossiler Investitionen resultierte. Jürgen Trittin hatte noch 2005 als Bundesumweltminister ein Ziel für den Ökostromanteil von 20% für 2020 als ambitioniert gehalten. Zum Vergleich: Heute 2013 haben wir aber schon 25%.

Eine Partei- und Fraktionsführung, die das Einfordern von wichtigen neuen Politikansätzen im ökologischen Sektor nur als „Nerven“ empfindet, aber nicht in eine inhaltliche Auseinandersetzung darüber eintritt, muss sich nicht wundern, wenn die Gesellschaft den Grünen neuartige fortschrittliche politische Ansätze nicht mehr zutraut. Eine grüne Parteiführung, die angesichts des immer schnelleren ökologischen Absturzes des Planeten eben nicht mit immer neuen und stärkeren politischen Antworten aufwartet, muss sich nicht wundern, wenn sich große Teile einer immer mehr ökologischen handelnden Gesellschaft von den Grünen abwendet. Nicht die Meinung des Mainstreams darf entscheidend sein für grüne Politik, sondern das Ausbrechen aus dem Mainstream. Denn der Mainstream ist ja genau die Ursache für den ökologischen Absturz des Planeten.

These 5: Den Angriffen gegen die Erneuerbaren Energien und das EEG durch die konventionellen Energieversorger und durch Schwarz-Gelb hat die Parteiführung strategisch nichts Ernsthaftes entgegen gesetzt. Dass die Energiewende nicht in den Mittelpunkt einer grünen Wahlkampfstrategie gerückt wurde, wird zurecht kritisiert. Doch die Fehler liegen noch viel tiefer. Die Angriffe auf das angeblich Energiekosten treibende EEG mit dem Argument der Gerechtigkeitsfrage abzuwehren, konnte nicht gut gehen.

Ja, natürlich weiß ich, dass wir Grünen von der Kampagne der alten Energiekonzerne gegen die Erneuerbaren Energien massiv unter Druck gesetzt wurden. Eine Kampagne, die sehr geschickt und gut getarnt von der alten fossil-atomaren Wirtschaft kam. Wir werden vermutlich nie die Verflechtungen herausfinden, so wie damals die offensichtlich gewordene Käuflichkeit des Systems von Exkanzler Helmut Kohl bei seinem Spendenskandal. Bezeichnend ist, dass es bis heute nicht gelungen ist, diese CDU-Altlast aufzuarbeiten, obwohl doch gerade auch Herr Schäuble und Frau Merkel im Zentrum der damaligen CDU Politik standen. Mir stellt sich die Frage, ob denn in den letzten 15 Jahren wirklich ernsthaft genug recherchiert und versucht wurde Licht ins Dunkel der Kohl'schen Käuflichkeit von Politik zu bringen. Viel wichtiger erschien es in dieser Wahl vielen JournalistInnen offenkundig, v.a. der Springer-Presse, in 30 Jahre alten sehr fragwürdigen grünen Altlasten der Pädophilie nach zu forschen. Mir ist diese einseitig gegen Grüne gerichtete Schieflage der Altlastenbewältigung durch Medien-Nachforschungen voll bewusst und diese Einseitigkeit ist sicherlich eine von Grünen nicht allein selbst verschuldete Ursache der Wahlniederlage.

Aber die Hauptursache ist natürlich eine verfehlte Wahlkampfstrategie, vor allem in der Energiefrage. Nachdem klar wurde, dass die Energiekonzerne auf den großen grünen Erfolg, dem massiven Wachstum des Ökostromes, mit einer Anti-Erneuerbare-Energien-Kampagne reagieren werden, gab es keine gute grüne Strategie. Die zwei Kampagnenargumente, dass die Erneuerbaren Energien Energiepreistreiber seien, und dass man jetzt den Ausbau bremsen müsse, weil die Netze nicht genug vorhanden seien, wurden schwach und nicht offensiv beantwortet. Die Debatte um angeblich fehlende Versorgungssicherheit wurde mit einer schwierigen Fachdiskussion um Kapazitätsmärkte beantwortet. Dass die Kapazitätsmärkte nicht den Weg in das Parteiprogramm fanden, war zwar gut, dennoch blieb bei vielen FreundInnen der Erneuerbaren Energien hängen, dass es auch bei den grünen UnterstützerInnen für Kapazitätsmärkte gibt, womit ja nur neue Erdgaskraftwerke und der Bestand vieler Kohlkraftwerke organisiert werden soll. Erneut gab es viele Irritationen über die Ernsthaftigkeit grüner Politik hin zu 100% Erneuerbaren Energien.

Dem Kostenargument wurde aber die Gerechtigkeitsfrage entgegengesetzt, statt mit ökologischen Argumenten zu kontern. Ja, am Schluss wussten alle, dass es ungerecht ist, wenn selbst Hähnchenschlächtereien von der EEG-Umlage befreit sind. Aber damit war auch klar, dass viele Grünen selbst denken, dass die Energiewende ein Kostentreiber sei, man müsse die Kosten eben nur gerecht verteilen. Versäumt wurde es stattdessen offensiv in den Mittelpunkt der Wahlkampffargumentation zu stellen, dass die Erneuerbaren Energien die Energiekosten senken und dagegen die konventionellen Energien Schuld an den Energiepreissteigerungen sind und zudem hohe gesellschaftliche Schadenskosten verursachen. Ich hatte dies immer in den Mittelpunkt meiner Reden gestellt und viel Zustimmung erfahren, meist verbunden mit der Frage, warum denn nicht der Vater des EEG in den vielen Fernsehdiskussionen zum EEG zu sehen sei.

These 6: Die Personalpolitik bei den Grünen, hat dazu geführt, dass bei Listenaufstellungen und auch parteiinternen Wahlverfahren führende ökologische Köpfe eher nach hinten platziert werden. Versuche diese LeistungsträgerInnen wieder sicher für die ökologische Fachpolitik zu halten, gab es nicht.

Einige LeistungsträgerInnen aus dem Bereich der Ökologie sind im neuen Bundestag nicht mehr vertreten. WählerInnen, die die Grünen wegen ihrer ökologischen Politik wählen wollen, haben sich vielfach gewundert, warum die Grünen einige dieser LeistungsträgerInnen so weit nach hinten gesetzt haben. Ich selbst wurde sehr oft gefragt, warum ich denn als Energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion nur den fast aussichtslosen Listenplatz 12 auf der bayerischen Liste bekam. Habe denn die hohe Kompetenz für Energiepolitik, die inzwischen den Grünen in der Öffentlichkeit zugesprochen wurde, nichts mit der Politik des energiepolitischen Sprechers zu tun? Ich konnte und wollte darauf keine Antworten geben.

Nun gut, ich hoffte ja auch, dass das Spitzenteam das mit der Energiepolitik schon gut machen würde. Immerhin hatte ich ihnen ja sehr viel inhaltlichen Input gegeben. Ja sogar Vorschläge gemacht, mit welchen neuen Themen gut zu punkten sei. Enttäuscht war ich dann vom Spitzenteam, dass von meinen Inputvorschlägen nichts zu hören war.

Dann aber kam das gegenüber den Umfragen desaströse bayerische Wahlergebnis. Ich versuchte, auch weil ich wieder in den Bundestag einziehen wollte, mit einer starken Social-Media-Kampagne die Stimmen für die Grünen hoch zu ziehen. Das Motto war, wer den Vater des EEG wieder im Bundestag sehen will und so das EEG retten will, muss mit Zweitstimme Grüne wählen. Ich dachte, dass ich mit dem Erreichen von Hunderttausenden bayerischen FreundInnen der Erneuerbaren Energien das Wahlergebnis noch nach oben ziehen könne. Toll war, dass ich dazu eine unheimliche Unterstützung bekam. Verbände, Unternehmen, Solargruppen, Privatleute viele posteten diese Wahlaufrufe in die Internet-Kanäle.

Aber wenige Tage vor der Wahl dämmerte mir, dass das zu spät war und die oben aufgezählten Versäumnisse grüner Erneuerbare-Energien-Politik aus den grünen Führungsetatgen nicht mehr aufzuholen waren. Ich bekam viele Mails mit ähnlichem Tenor. Eines von einem mir besonders nahe stehenden langjährigen Verfechter der Erneuerbaren Energien beleuchtete die weit verbreitete Stimmung besonders: „Wieso sollen wir die Versäumnisse und Wahnsinnigkeiten der Grünen ausgleichen? Wieso wählen sie den besten Mann auf Platz 12? Das ist ein deutliches Signal, dass die Grünen die Energiepolitik und den Klimaschutz nicht als prioritär ansehen.“

Die tausenden Mails nach der Wahl, die mich dann erreichten, hatten fast alle ähnliche Inhalte: Bedauern zum Verlust meines Mandates und Wut auf die Grünen, die das zugelassen haben und die Energiewende im Wahlkampf nicht in den Mittelpunkt gestellt haben.

Mein Resümee:

Ich bin der festen Überzeugung, dass viele grüne Parteimitglieder, vor allem an der Spitze, immer noch nicht begriffen haben, welchen großen dauerhaften Schaden diese langjährige zögerliche Politik der Partei- und Fraktionsspitze für Erneuerbare Energien und die damit verbundene verfehlte Wahlkampfstrategie geschaffen hat.

Sehr viele gesellschaftliche AkteurInnen für Erneuerbare Energien sind eher im mittleren bis ins konservative Spektrum der Gesellschaft angesiedelt: HandwerkerInnen, MittelständlerInnen, UnternehmensgründerInnen, FinanzdienstleisterInnen, private InvestorInnen und HausbesitzerInnen, Mitglieder von Energiegenossenschaften, LandwirtInnen. Davon wäre ein großer Teil als grüne Wählerschaft zu gewinnen gewesen. Eine grüne Wahlaussage aber, die u.a. in den Vordergrund eine unternehmerische Vermögenssteuer stellt, muss sich nicht wundern, wenn viele AkteurInnen der Energiewende dann eben doch nicht die Grünen wählen.

Die historische Chance das Kernthema der Grünen, Umwelt und Energie, voll in den Mittelpunkt zu stellen und so mit wertkonservativem Wahlkampf weite Teile von sogar konservativen Wählerschaften zu erobern, wurde von der grünen Partei- und Fraktionsführung, wie auch vom Spitzenteam vergeben.

Wie schon erwähnt: 93% der Bevölkerung wollen den Ausbau der Erneuerbare Energien - aber nur 8,4% haben die Grünen gewählt. Es kann kein schlimmeres Zeugnis für ein Versagen der grünen ParteistrategInnen geben.

Ja, natürlich habe auch ich dabei Fehler gemacht. Mein größter Fehler war den KritikerInnen meiner klaren nach vorne gedachten und visionären Umwelt- und Energiepolitik insofern nachgegeben zu haben, dass ich diese zurückgehalten habe, um sie einer gemeinsamen grünen Teamarbeit unter zu ordnen. Viel zu oft habe ich Papiere, die schon früh auf die sich abzeichnende abgleitende und zu schwache grüne Programmatik der Erneuerbaren Energien und Klimaschutzpolitik hingewiesen haben, nicht veröffentlicht. Mir wurde zu oft gesagt, das würde dem guten geschlossenen Bild der Grünen zu sehr schaden und somit zu Stimmenverlusten führen. Mein Fehler war, dass ich dies selbst auch noch geglaubt habe.

Ausblick:

Dennoch sehe ich Chancen für ein Wiedererstarken der Grünen. Es gibt viele an der Basis der Grünen, die sehr aktiv Klimaschutz und Energiewende in den Mittelpunkt ihrer kommunalen und landespolitischen Aktivitäten stellen. Auch auf Länderebene bis hin zu grünen MinisterInnen gibt es kluge und offensiv die Energiewende unterstützende Grüne. Diese aktiv für die ökologische Transformation der Wirtschaft kämpfenden Grünen müssen ganz nach vorne in die Führungsetagen von Partei, Fraktions- und Regierungsämtern.

Gleichzeitig muss eine grüne Wirtschaftspolitik formuliert werden, die aufhört mit den Kompromissen für eine fossile Wirtschaft - nicht nur im Energiesektor. Als Kerngedanke muss die Richtschnur gelten, dass heute bereits keine neuen Investitionen mehr in fossile Anwendungen unterstützt werden dürfen - genauso wie es die Grünen bei der Atomenergie seit vielen Jahren in ihrer Programmatik haben. Niemals hatte je ein Grüner effizientere Atomkraftwerke gefordert, damit es weniger Atommüll gäbe. Doch im Klimaschutz gibt es genau diese verfehlte Denkweise: Hocheffiziente Gaskraftwerke werden gefordert, obwohl diese doch weiterhin große Mengen CO₂ emittieren und das in eine Atmosphäre, die heute schon mit CO₂ total überlastet ist.

Die konsequente und kompromisslose ökologische Transformation zur Ablösung der über 200 Jahre alten Erdölwirtschaft (auch Kohle und Erdgas) hin zu einer solaren Weltwirtschaft muss das alles dominante neue grüne Politikziel sein, so wie es das in der Gründungsphase der Grünen eben auch war. Natürlich ist es wichtig auch in allen anderen Politikfeldern gute, durchdeklinierte Vorschläge zu machen. Aber auch diese müssen sich an dem Ziel der solaren Weltwirtschaft orientieren und dürfen dieses Ziel nicht mehr konterkarieren, wenn dem vielleicht eine Steuersystematik entgegensteht. Leider wurden andere Politikziele häufig den ökologischen Zielen übergeordnet. Das muss sich in Zukunft wieder umkehren.

Wenn die Grünen mit neuer dafür authentisch stehender Führungsmannschaft stehen, werden sie schneller wieder große Wahlerfolge feiern, als sie es selbst heute glauben. Wie gesagt, 93% der BundesbürgerInnen stehen hinter den Erneuerbaren Energien, dem Kernelement einer solaren Weltwirtschaft.

15. Oktober 2013

Hans-Josef Fell